

Protokoll Nr. 7 über die Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 27.02.2013
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion
Burfeind, Heidrun für Helga Grix
Götze, Horst
Meyer, Lina
Roß-Boeters, Fenke
Stöhr, Friedrich

CDU-Fraktion
Kronshagen, Heinrich
Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Lechner, Katja
Marsal, Andrea

Beratende Mitglieder
Geerken, Rainer
Grix, Wilhelm
Hempel, Rainer
Kandziora, Marianne
Kröger-Vodde, Erasmus
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian
Steinmeyer, Elke
Wittmaier, Alla

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst Stadtrat

von der Verwaltung
Tempel, Doris
Kromminga, Engelbert
Imamovic, Edvija
Schulte, Elke

Protokollführung
Rauch, Agnes

Protokoll Nr. 7 über die Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 27.02.2013

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Tempel erklärt, die SPD-Fraktion habe darum gebeten, den Tagesordnungspunkt 5 von der Tagesordnung zu nehmen, weil sie aufgrund der laufenden intensiven Diskussion zur Schulentwicklungsplanung mehr Zeit benötige, das Thema entsprechend zu diskutieren. Die Verwaltung habe sich mit der Vorsitzenden übereinstimmend darauf geeinigt, diesen Tagesordnungspunkt von der heutigen Tagesordnung zu nehmen und ihn rechtzeitig wieder einzubringen, sodass eine Beschlussfassung im Juni dieses Jahres möglich sei.

Herr Jahnke weist darauf hin, dass hier Beratungsbedarf angemeldet worden sei. Mit den wirklich umfangreichen Diskussionen zum Thema Mietwerte in allen Fraktionen habe man ein Gesamtwerk geschaffen, welches ein mehrschichtiges Verfahren darstelle und bei dem die individuelle Situation der Betroffenen ganz stark berücksichtigt werde. Auch eine sozialpädagogische Betreuung könne angeboten werden. Er bitte darum, die Beratung zu diesem Thema abzuschließen und in der Ratssitzung im Juni abschließend zu entscheiden, da die Verwaltung hier Rechtssicherheit benötige.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 21.11.2012 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 21.11.2012 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr Erich Greve erklärt, er sei Mitglied der Grünen und im Verein Theartic aktiv. Durch Gespräche in der letzten Zeit sei er darauf aufmerksam geworden, dass die Initiatoren des Kreises, die sich für die Nutzung des Apollo Theaters interessierten, bisher nicht zu einem Gespräch über das Thema eingeladen worden seien. Nunmehr habe er der „Ostfriesen Zeitung“ am 23.02.2013 entnehmen können, dass im Mai 2013 ein Planungsergebnis vorgestellt werden solle, wo auch die Kostenermittlung einbezogen werde. Er halte es dringend für notwendig, dass die Initiatoren und Vereine noch im März zu einem Gespräch eingeladen würden, damit sie sich dazu äußern könnten, wie sie sich die Nutzung vorstellen würden.

Protokoll Nr. 7 über die Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 27.02.2013

Auf die Bitte von **Frau E. Meyer** nach einer konkreten Frage, entgegnet **Herr Greve**, seine Frage sei, wie es zustande komme, dass in den Gremien diskutiert werde, ohne dass es der normale Bürger mitvollziehen könne und somit frustriert sei und wie man dieses ändern wolle.

Herr Jahnke entgegnet, bisher hätten die Gremien des Rates mehrheitlich entschieden, dass es um ein kulturelles Nutzungskonzept für das Apollo Theater gehe. Dieses kulturelle Konzept sei im Rahmen einer Architektenleistung in Auftrag gegeben worden. Sollten weitere oder andere Nutzungsmöglichkeiten auch noch einmal sondiert werden, würde es einen entsprechenden Beschluss des Rates bedürfen.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Umsetzung des Ergebnisses aus der in 2011 beschlossenen und durch die Firma Analyse & Konzepte vorgenommenen Mietwerterhebung im Gebiet der Stadt Emden
Vorlage: 16/0400/2

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 6 Antrag des Vereins Internationales Emden e.V. auf nachhaltige Förderung von Integrationsvorhaben
Vorlage: 16/0659

Frau Tempel erklärt, der Verein Internationales Emden e. V. habe einen Antrag auf Förderung gestellt, dem die Stadt Emden auch stattgeben wolle. Allerdings sei bei der Prüfung herausgekommen, dass nicht in voller Höhe gefördert werden könne, da der Antrag auf einen Förderbetrag von 6.800 € bei einer Gesamtsumme des Aufwandes von etwa 10.000 € laute. Im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Finanzen im Jahr 2013 schlage die Verwaltung vor, in Anerkennung der Arbeit und Tätigkeit des Vereins, einen Betrag in Höhe von 3.500 € zu gewähren.

Frau L. Meyer ist der Ansicht, der Verein würde eine gute soziale Arbeit leisten und sollte aus diesem Grunde unterstützt werden. Sie wundere sich jedoch darüber, dass noch kein Verwendungsnachweis für das Jahr 2012 und auch noch keine Vereinssatzung vorgelegt worden sei.

Frau Tempel bemerkt, die Unterlagen würden zwischenzeitig vorliegen.

Herr Kronshagen führt aus, die CDU-Fraktion sei grundsätzlich auch damit einverstanden, dem Verein 3.500 € zu gewähren. Er bitte jedoch darum, dem Verein noch einmal deutlich zu machen, dass er nachweisen müsse, bei wem und wo er Zuschüsse beantragt habe.

Beschluss: Der Verwaltungsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Vorlage eines Verwendungsnachweises über die Verwendung der für das Jahr 2012 erhaltenen Zuwendung, einen Zuschuss in Höhe von 3.500 € für Sprachkurse und Integrationsmaßnahmen des Vereins Internationales Emden e. V. für das Jahr 2013.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Empfehlung des Seniorenbeirates zur Erstellung eines alternativen Nutzungskonzeptes für das ehemalige Apollokino
Vorlage: 16/0660

Frau Tempel erklärt, aufgrund einer Satzungsänderung sei es nunmehr dem Seniorenbeirat möglich, Anregungen an den Oberbürgermeister zu richten. Diese Anregungen seien dann auch im zuständigen Ausschuss bekannt zu geben. In seiner Sitzung am 11.02.2013 habe der Seniorenbeirat das Thema „Alternatives Nutzungskonzept für das ehemalige Apollokino“ angesprochen und sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass dieses Thema als Anregung an den Oberbürgermeister gerichtet werde. Die Verwaltung könne jedoch nur darauf verweisen, dass die Beschlusslage des Rates so aussehe, dass für das Apollo Theater ein alternatives Nutzungskonzept erstellt werden solle, welche aufzeige, welche Möglichkeiten im kulturellen Bereich der Nutzung sich ergeben könnten. Andere Nutzungsmöglichkeiten seien nicht beantragt worden. Von daher könne man gegenwärtig nicht tätig werden.

Frau Kandziora führt aus, sie sei beratendes Mitglied im Auftrage des Seniorenbeirates in diesem Ausschuss. In Emden würden zurzeit seniorengerechte Wohnungen gebaut, bei denen aber die Mieten sehr hoch sein werden. Wenn man über demografischen Wandel in der Zukunft spreche, rede man auch gleichzeitig über Altersarmut. Der Seniorenbeirat mache sich Gedanken über diejenigen, die von der Altersarmut betroffen sein werden. Es sei unheimlich schwierig, seniorengerechtes Wohnen nach den heutigen Kriterien herzustellen. Dieses koste viel Geld. Obwohl es preiswerte Kredite geben würde, würde nur wenige Mieten unter 10 €/m² liegen. Ihrer Meinung nach müsste in diesem Ausschuss und auch in der Verwaltung wieder über sozialen Wohnungsbau nachgedacht werden, denn die Leute, die irgendwann in die Altersarmut fallen, hätten trotzdem ein Anrecht auf würdiges Wohnen.

Frau Kandziora bemerkt, die Anregung des Seniorenbeirates hinsichtlich des Apollo Theaters sei provokativ, weil man wolle, dass dieser Beirat auch zur Kenntnis genommen werde. Langfristig müsse in der Stadt Emden darüber nachgedacht werden, wie seniorengerechtes Wohnen für weniger Geld möglich sei.

Herr Grix führt aus, ihm erscheine die Lösung etwas schwieriger zu sein. Seiner Ansicht nach sollte in einer breit gefächerten Diskussion überlegt werden, was umgebaut oder geändert werden könne. Seiner Ansicht nach könnten die Wohnungen, die teilweise leer stehen würden, ohne weiteres für seniorengerechtes Wohnen umfunktioniert werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Rahmenplan Integration; Sachstandsbericht
Vorlage: 16/0636

Frau Tempel erklärt, es sei mittlerweile bereits Tradition geworden, dass in verschiedenen Abständen über die Entwicklung des Rahmenplanes bzw. über dessen Umsetzung berichtet werde. Auch das Land Niedersachsen unterstütze seit Beginn dieses Jahres die Kommunen in ihren integrationspolitischen Maßnahmen, da im letzten Jahr vom Niedersächsischen Sozialministerium ein Modellvorhaben aufgelegt worden sei, welches kreisfreien Städten und Landkreisen ermögliche, Integrationsdienststellen einzurichten. Von dieser Möglichkeit habe die Stadt Emden Gebrauch gemacht. Sie habe sich gemeinsam mit einer weiteren kreisfreien Stadt und drei Landkreisen darum beworben, dieses Modellvorhaben in Emden umzusetzen. Emden habe auch die Zusage einer Förderung bekommen, sodass sich das Land Niedersachsen an den

Protokoll Nr. 7 über die Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 27.02.2013

Personalkosten für die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle zu 50 % beteiligt. In Emden sei diese Stelle mit zwei Teilzeitbeschäftigten besetzt. Dieses sei einerseits Frau Schulte, die das Projekt Rahmenplan bereits von Anfang an begleitet habe, und auf der anderen Seite Frau Imamovic, die im Mehrgenerationenhaus Kulturbunker arbeite und ihre Stunden aufgestockt habe, sodass sie ab dem 15.02.2013 auch die Aufgaben der Integrationsdienststelle wahrnehmen werde.

Frau Schulte und **Frau Imamovic** stellen gemeinsam anhand einer PowerPoint-Präsentation die Integrationsarbeit vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau L. Meyer fragt hinsichtlich Zuwanderungszahlen an, ob diese rückläufig seien.

Frau Schulte entgegnet, das sei schwierig darzustellen, da es immer wieder Wellenbewegungen geben würde. Im Moment werde über Zuwanderer aus Rumänien und Ungarn gesprochen. Doch sie könne im Moment nicht sagen, wie sich das weiterentwickeln würde.

Frau Imamovic ergänzt, aktuelle Zahlen könnte nur die Ausländerbehörde liefern. Was sich jedoch stark bemerkbar mache, sei die Zuwanderung aus dem Bereich innerhalb der EU.

Frau Lechner bedankt sich für den engagierten Vortrag. Sie begrüße es, dass Integration auch als Teil von Inklusion gesehen werde, denn oftmals sei dieser große Bereich Inklusion immer nur im pädagogischen Bereich gesehen. Weiter erklärt sie, ein Problem sehe sie bei der Öffentlichkeitsarbeit. Sie stelle sich die Frage, wie Neubürger in Emden an Informationen herankämen. Auch könne sie als Lehrerin feststellen, dass die Migrantenfamilien überhaupt nicht „bildungsfern“ seien. Gerade diese Familien seien sehr engagiert, weil sie sich für ihre Kinder bessere berufliche Möglichkeiten erhoffen würden.

Herr Götze macht darauf aufmerksam, dass gerade die sprachliche Förderung sehr wichtig sei. Dennoch laufe in diesem Bereich sehr wenig. Da der Bund hier Fördergelder bereitstellen würde, werde die SPD-Fraktion zu diesem Thema auch noch einen entsprechenden Antrag stellen.

Herr Graf regt an, die Integrationslotsen mit einem Ausweis auszustatten, damit sie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden als Begleitperson erkenntlich seien.

Frau Imamovic erklärt, die Ausweise seien bereits vorbereitet worden und müssten nur noch unterzeichnet werden.

Herr Kröger-Vodde fragt an, in welchen Sprachen der Internetauftrag abzurufen sei und welche Sprachen in Zukunft geplant seien.

Frau Schulte erklärt, derzeit sei der Internetauftritt nur in Deutsch verfügbar. Doch man habe sich bereits Gedanken darüber gemacht, welche der Sprachen am häufigsten gesprochen würden.

Auf die Frage von **Herrn Kronshagen**, ob man auch dem Verein Internationales Emden bei der Zuschussbeantragung helfen könne, antwortet **Frau Schulte**, dieses sei überhaupt kein Problem.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 9 Hilfe beim Zusammenbau von Möbeln bei Hilfeempfängern;
Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2012
Vorlage: 16/0661

Herr Götze erklärt, seine Fraktion habe diesen Antrag gestellt. Ihm reiche jedoch die Beantwortung nicht aus, zumal sich neben der Frage, wer die Möbel aufbaue, auch die Frage stelle, wer die Lampen und die Rollos anbringen würde. Gerade die Leistungsempfänger bräuchten Unterstützung von Menschen mit Erfahrungen mit der Verrichtung solcher Arbeiten und keine geldliche Hilfe.

Frau Tempel entgegnet, die Verwaltung könnte nur das beantworten, was auch gefragt worden sei. In dem Antrag der SPD-Fraktion sei ausdrücklich nach der Hilfe beim Zusammenbau von Möbeln bei Hilfeempfängern gefragt worden. Sie nehme die Ergänzung auf und sagt eine Beantwortung zu. Die Verwaltung werde zudem nach Möglichkeiten suchen, wie letztendlich der Sachbearbeiter Kenntnis über entsprechende notwendige Hilfen erhalten werde. Die Hilfeempfänger würden nicht immer diesen Bedarf äußern. Frau Tempel bittet Herrn Götze, bei dem ihm bekannten Fällen Kontakt mit den Teamleitern des Jobcenters aufzunehmen. Aufgabe der Verwaltung werde es dann sein, zu prüfen, wie eine solche Hilfe sichergestellt werden könne.

Herr Graf bemerkt, einerseits werde gesagt, generell würden die Möbelstücke ausgeliefert und vor Ort aufgestellt. Weiter unten in der Vorlage stehe dann, dass es dem Leistungsbezieher frei stehe, einen weiteren Antrag auf Hilfe zur Unterstützung beim Aufbau der Möbel mit entsprechender Begründung zu beantragen.

Frau Tempel erklärt, grundsätzlich werde die Verwaltung mit dem Möbellager eine Vereinbarung treffen, wie die Hilfe aussehen könnte. Jedoch sei die Verwaltung darauf angewiesen, dass der Hilfeempfänger seinen Bedarf auch geltend mache. Wenn jemand ein Möbelstück erwerbe, sei die grundsätzliche Regelung so, dass dieses geliefert und aufgestellt werde. Wenn dieses nicht so sei, müsse der Hilfeempfänger einen entsprechenden Antrag stellen, damit darüber auch entschieden werden könne. Die Verwaltung werde aber in Gespräche eintreten und eine generelle Lösung finden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Alten- und Pflegeheime in Emden - Heimaufsicht;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.01.2013
Vorlage: 16/0662

Frau Marsal bedankt sich zunächst für die Beantwortung der Anfrage, die ihre Fraktion aufgrund der Vorfälle in Bremen gestellt habe. Jedoch sei sie mit der Ausführlichkeit der Beantwortung nicht zufrieden. Daher beantrage sie in der nächsten Sitzung in einem nicht öffentlichen Teil einen Tagesordnungspunkt, bei dem auch darauf eingegangen werde, um welche Alten- und Pflegeheimen es sich handele und um welche Mängel es gehe. Weiter beantrage sie, dass seitens der Verwaltung einmal jährlich ein Bericht über die Begehungen in den Heimen gegeben werde.

Herr Kronshagen erklärt, er habe der Vorlage entnehmen können, dass die Einrichtung jährlich besucht würden. Hinzu kämen weitere 48 Kontrollen. Wie er der Stellungnahme habe entnehmen können, handele es sich immer um bekannte Mängel in der Pflege. Auch sei die Dokumentation in vielen Einrichtungen problematisch, sodass eine genauere Zahl der Pflegemängel nur

Protokoll Nr. 7 über die Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 27.02.2013

schwer ermittelbar sei und man von einer viel höheren Zahl von Mängeln ausgehen müsse. Dieses sei ihm bei der Pflege von älteren Menschen zu viel. Zumal in einem Fall der medizinische Dienst der Krankenkasse eine externe Beratungsfirma zur Aufarbeitung von Dokumentationsmängeln aufgelegt habe, stelle auch er den Antrag, in einer nicht öffentlichen Sitzung nähere Einzelheiten und auch die Namen der Einrichtungen zu nennen.

Herr Kromminga hält die Formulierung teilweise für missverständlich. Doch aufgrund der Datenschutzregelungen sei dieses leider nicht anders möglich. Seiner Meinung nach müsste zwischen Pflege- und Dokumentationsmängeln unterschieden werden. Dokumentationsmängel würden in vielen Fällen bestehen und müssten auch nicht immer negativ sein.

Frau E. Meyer bittet Frau Marsal und Herrn Kronshagen darum, einen schriftlichen Antrag an die Verwaltung zu stellen.

Herr Kromminga ergänzt, bei einer schriftlichen Anfrage könne sich die Verwaltung gezielter auf eine Berichterstattung vorbereiten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 12 Anfragen

1. Tagesordnung

Herr Ohling fragt an, warum es auf den Tagesordnungen immer „Anträge von Fraktionen und Gruppen“ heißen würde.

Frau Tempel vermutet, es handele sich hierbei um eine Formulierung, die aus früheren Zeiten, als im Rat neben Fraktionen auch Gruppen vertreten gewesen seien, übernommen worden sei.

2. Armutsbericht

Herr Götze erinnert an die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 23.06.2010. Dort seien Teile des ersten Sozialberichtes öffentlich gemacht worden. Seinerzeit sei gesagt worden, dass dieser Bericht auch veröffentlicht werden solle. Er regt an, dieses Thema wieder aufzugreifen und regelmäßig über die Situation zu berichten.

3. Ausländerbehörde

Frau L. Meyer erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich der Ansiedlung der Ausländerbehörde im Fachbereich Gesundheit und Soziales.

Frau Tempel entgegnet, die Verwaltung beschäftige sich mit diesem Thema. Allerdings sei eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen.

Protokoll Nr. 7 über die Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 27.02.2013

4. Begegnungsstätte „An Land“

Frau Marsal fragt an, ob es etwas Neues bezüglich der Begegnungsstätte „An Land“ geben würde. Aus der Zeitung habe sie erfahren, dass diese evtl. geschlossen werden müsse, da die Gelder für Miete und Energiekosten nicht vorhanden seien.

Frau Tempel sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Frau Dr. Valentiner, Leiterin des SpDi, war im Februar zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, in der die Probleme und auch die finanzielle Misere des Vereins dargelegt wurden.

Trotz des kommunalen Zuschusses ist der Verein weiterhin in finanzieller Schieflage, da ein langjähriger Sponsor abgesprungen ist. Zudem zahlen viele Mitglieder nicht regelmäßig ihre Mitgliedsbeiträge, was in der Summe ebenfalls negativ zu Buche schlägt. Es drohte im Februar die kurzfristige Schließung des Café, wenn nicht kurzfristig ein neuer Sponsor gefunden würde und sich die Mitgliederstruktur und Zahlungsmoral stabilisiere.

Durch viele Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der suchtspezifischen und sozialpsychiatrischen Strukturen ist es kurzfristig gelungen, zum einen interessierte und potente Sponsoren zu finden, andererseits hat es einen ausgeprägten Mitgliederzuwachs gegeben. Dies hat dazu geführt, dass das Café vorerst gehalten werden kann, zumindest bis zum Sommer.

Inwieweit dies langfristig gelingen wird, ist noch nicht klar – wäre aber aus Sicht des SpDi wünschenswert.

Es gibt wohl ein Angebot für andere Räumlichkeiten für das Café, die aber nicht so zentral liegen.

Nach dem Tod von Herrn Remmers, 1. Vorsitzender, verstorben am 15.03.2013, stellt sich die Frage, inwieweit der Verein in seiner bisherigen Struktur weiter bestehen bleiben wird.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.